

2/2013 € 2,00

der bajuware

DAS MAGAZIN DER JUNGEN UNION BAYERN

**„Niemand hat die Absicht,
eine rot-rot-grüne
Koalition zu bilden.“**

Wie in den Hinterzimmern eine linke Regierung vorbereitet wird

der **bajuware** *Wintertraum*

6. bis 8. Dezember 2013

Politik zum Wohlfühlen: *der bajuware* lädt seine Leser und alle Freunde der Jungen Union ein zum großen Wintertraum. Inmitten des schönen Bayerwalds wird von 6. bis 8. Dezember entspannt, gefeiert und politisiert.



Tauche ein in die über 3000 Quadratmeter große Wellness-Landschaft, verwöhne deinen Gaumen, rocke ab bei der *bajuware*-Partynacht und treffe auf Ehrengäste aus Politik und Wirtschaft sowie die Mitglieder des JU-Landesvorstands und des JU-Bundesvorstands.

Das wird ein Wellness-Wochenende auf höchstem Niveau: Für alle Leser und Freunde des *bajuwaren* zum Spezialpreis von nur 129 Euro (Einzelzimmer 159 Euro)! Im Preis inbegriffen: 2 Übernachtungen (DZ) mit großem Frühstücksbuffet, mehrgängiges Abendessen am Freitag und Samstag, kostenfreie Nutzung der riesigen Wellness- und Fitness-Landschaft, *bajuware*-Partynacht und vieles mehr ...

Die Plätze für den *bajuware* Wintertraum sind begrenzt.

Deshalb schnell per E-Mail anmelden: redaktion@der-bajuware.de



Nur noch wenige Plätze!



www.bayerischerhof-rimbach.de

EDITORIAL

Regieren? Macht man nicht mit links.

Vor vier Jahren bildeten wir auf dem *bajuware*-Titel eine dicke Lyoner ab: Denn es ging – um die Wurst. Nach elf Jahren sollte im Bund endlich wieder eine bürgerliche Koalition gebildet werden. Das Wahlziel wurde schließlich erreicht, und die Bilanz von Schwarz-Gelb kann sich sehen lassen: Deutschland ist heute Primus in Europa.

Eine breite Mehrheit der Deutschen vertraut auf Kanzlerin Angela Merkel. Doch bei allen guten Umfragewerten: Sicher ist der Wahlsieg noch lange nicht. Und in den Hinterzimmern schmieden Gabriel & Co. Pläne für ein linkes Bündnis mit den SED-Nachfolgern.

Umso wichtiger ist ein klares Ergebnis, das die bürgerliche Regierung bestätigt. Ein Ergebnis, bei dem man die Linken links liegen lassen kann.

Damit Deutschland auf Kurs bleibt, braucht es ein starkes Bayern, das der jungen Generation Perspektiven bietet und beherzt den Schuldenabbau vorantreibt. Ministerpräsident Horst Seehofer steht dafür.

Es könnte für die CSU „ein goldener Herbst“ werden, meint der Bayern-Premier im *bajuware*-Interview.

Lasst uns gemeinsam dafür kämpfen!



Es grüßt Euch

Thomas Breitenfellner
Chefredakteur



12 „Ein goldener September“

Wochen der Entscheidung: Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer kämpft für CSU-Erfolge bei der Landtags- und Bundestagswahl. Im *bajuware*-Interview warnt er vor einer roten Republik, erklärt das Ziel bayerischer Vollbeschäftigung und spricht über die anstrengendsten Wochen in seinem politischen Leben.

6 So wollen Gabriel & Co. die Republik tiefrot färben

Eine rot-rot-grüne Koalition im Bund? Sigmar Gabriel als Bundeskanzler? Jürgen Trittin als Finanzminister? Katja Kipping als Arbeits- und Sozialministerin? Dieses Szenario ist im Wahljahr 2013 keine gruselige Phantasie mehr, sondern eine realistische Option. Die Gründe dafür beschreibt unser Gastautor, Benedikt Brunner.

11 Hört die Signale!

JU-Chefin Katrin Albsteiger appelliert an die junge Generation, sich aktiv einzubringen, um eine rot-rot-grüne Regierung zu verhindern. Die Konsequenzen wären für Deutschland und Europa verheerend.

17 Zehn gute Gründe, CSU zu wählen

Am 15. und am 22. September wird gewählt. Der *bajuware* stellt zehn gute Gründe vor, warum besonders die junge Generation diesmal ihr Kreuz bei der CSU machen sollte.

18 Junge Kandidaten

Über 70 JU'ler kandidieren für Bundes-, Land- und Bezirkstag. Nur die CSU hat so viele junge Menschen, die sich und andere für Politik begeistern. Eine starke Mannschaft stellt sich vor!

25 Pro & Contra – gibt es Grenzen für die Kunst?

Hitlergruß auf der Theaterbühne – steht die Kunstfreiheit über allem? Oder muss man der Freiheit Einhalt gewähren, wenn religiöse oder sittliche Gefühle bewusst verletzt werden? Im *bajuwaren* diskutieren der frühere Kunstminister Thomas Goppel und Titanic-Chefredakteur Leo Fischer.



■ **Bissig, witzig, zuge-spitzt und optisch an-sprechend gestaltet muss es sein** – Social Media hat eigene Regeln. Die JU Bayern mischt im Online-Wahlkampf kräftig mit. Dabei arbeitet sie

auch mal den Kontrast zum politischen Gegner heraus – mit Erfolg: Im August schaffte es die JU Bayern laut dem renommierten Rankingtool „fanpage-Karma“ drei Wochen in Folge in die Top Ten der deutschsprachigen politischen Postings auf Facebook und sogar bis in die etablierten Printmedien. Auch bis zum 22. September gilt für alle Mitglieder und Sympathisanten der Jungen Union: Teilen, teilen, teilen!

■ JU trifft sich in der Frankenmetropole

Nach der Wahl ist vor der Wahl: Die diesjährige Landesversammlung wird vom 18. bis 20. Oktober auf dem ehemaligen Quelle-Gelände in Nürnberg stattfinden. Neben der Präsentation der hoffentlich großen Mannschaft frisch gewählter Mandats-träger aus den JU-Reihen stehen die Neuwahlen zum Landesvorstand auf dem Programm. Landesvorsitzende Katrin Albsteiger stellt sich zur Wiederwahl, da-

neben gilt es, über zwanzig weitere Vorstands-posten zu besetzen.



■ „Ich würde die Wiesn verlängern“

Alisa, du bist mit 21 Jahren die jüngste Kandidatin der CSU für ein Berufsparlament. Warum bewirbst du dich?

Schon seit einiger Zeit bin ich in der Schüler-Union engagiert. Ich halte es für sehr wichtig, dass in einem Parlament wie dem Bayerischen Landtag alle Altersklassen vertreten sind. Darum möchte ich besonders den jungen Leuten eine politische Stimme geben.

Warum ist die JU für junge Leute die richtige Adresse?

In der JU können junge Leute ihre politische Meinung einbringen und werden auch gehört. Außerdem kommt der Spaß nie zu kurz. Im Wahlkampf sind wir die mit den kreativsten Ideen. In Mittelfranken haben wir gerade erst mit der Mittelfrankentour gezeigt, dass 72 Stunden Wahlkampf am Stück viel bringt, vor allem Spaß!

Du darfst Bayern einen Tag regieren: Was änderst du sofort?

Ich würde allen Schülern

aktuelle Lernmaterialien zur Verfügung stellen und die Schulen mit modernen elektronischen Geräten ausstatten. Und außerdem würde ich die „Wiesn“ verlängern ;).

Alisa Hergenröder, 21, kandidiert für den Landtag auf Listenplatz 24 der CSU Mittelfranken. Sie ist stellvertretende Bundes- und Landesvorsitzende der Schüler-Union, wohnt in Lauf an der Pegnitz und studiert in Nürnberg an der WiSo Wirtschaftspädagogik.



Kanzlerkandidat Steinbrück reiste zu Wahlkampfzwecken nach Niederbayern und wanderte dort auf dem Lusen. Die Junge Union Bayern und Katrin Albsteiger erreichten den Gipfel schon vor dem SPD-Kandidaten und begrüßten ihn auf ihre ganz eigene Art.

■ Es ist Wahlkampf

Bayerntour erfolgreich gestartet: Die JU kämpft mit hunderten Basisverbänden und einer Kandidatenmannschaft von über 70 JU'ern. **Zentrales Motto:** Chancen statt Schulden.

Highlight: Ununterbrochen sind die JU-Minis im ganzen Freistaat im Einsatz und dienen auf Marktplätzen, an Seen, Rathäuser mit ihrem weiß-blauen Rautendach, als Blickfang im Wahlkampf. **„Große Bayerntour“:** Der Landesverband stellt für die Aktivitäten vor Ort ein Eventzelt mit mobilem Infostand, Werbemitteln, eine Hüpfburg und eine „Sumo-Event-Ausrüstung“ bereit, um dem Wahlkampf nicht nur eine inhaltliche, sondern auch eine spaßige Note zu verleihen. **Unter-**

stützung für die Basisverbände: Auch in diesem Wahlkampf gibt es ein kostenloses Werbemittelpaket. **JU unterstützt Großveranstaltungen der CSU:** Das „Team Seehofer“ unterstützt den Ministerpräsidenten bei seinen täglichen Auftritten. **Albsteiger unterwegs:** Im Kandidatenfeld mittendrin ist Landesvorsitzende Katrin Albsteiger, bei der für die Monate Juli bis September über hundert Wahlkampftermine im Kalender stehen. **Sondertermin:** Sie kam ganz in schwarz, mit gelbem Handtäschchen: Vermutlich zum ersten Mal war mit Katrin Albsteiger eine JU-Chefin beim Sommerkongress der Jungen Liberalen als Rednerin eingeladen.





So wollen Gabriel & Co. die Republik tiefrot färben

Eine rot-rot-grüne Koalition im Bund? Sigmar Gabriel als Bundeskanzler? Jürgen Trittin als Finanzminister? Katja Kipping als Arbeits- und Sozialministerin? Dieses Szenario ist im Wahljahr 2013 keine gruselige Phantasie mehr, sondern eine realistische Option. Die Gründe dafür beschreibt unser Gastautor, Benedikt Brunner. ▶

Was sagen die Wahlumfragen aus?

Die FDP ist so schwach auf der Brust, dass Schwarz-Gelb im Bund seit Monaten auf der Kippe steht. Für Rot-Grün gilt das Gleiche. Nur drei rechnerische Mehrheiten haben Umfrage für Umfrage Bestand: Schwarz-Rot, Schwarz-Grün und – immer und immer wieder – Rot-Rot-Grün. Ein wesentlicher Grund dafür: Viele Menschen glauben fest an vermeintliche „Wahrheiten“: Angela Merkel ist so beliebt wie nie, die „Linke“ muss weiter vor der Tür warten, im Zweifelsfall gibt es eine Große Koalition. Wer das glaubt, springt zu kurz. Die Dinge liegen anders. Der Wind in Berlin weht heute scharf von links.

Wie wichtig sind die persönlichen Beliebtheitswerte der Kanzlerin? Im Grunde genommen völlig unwichtig. Denn Bundeskanzler wird laut Grundgesetz derjenige, der die Mehrheit der Mitglieder des Deutschen Bundestages auf sich vereinigt. Die Wahl des Bundeskanzlers ist eine rechnerische Angelegenheit,

zwei Jahrzehnte hinweg hat die SPD die Ex-DDR-Staatspartei Schritt für Schritt salonfähig gemacht: mit Minderheitsregierungen in Ost und West sowie mit Links-Koalitionen wie aktuell in Brandenburg. Im Land Berlin gäbe es immer noch Rot-Rot, wenn es 2011 rechnerisch wieder gereicht hätte. Die SPD und die „Linke“ gemeinsam an der Regierung – das wäre wirklich nichts Neues. Und übrigens: Die politischen Konstellationen in den Bundesländern nehmen häufig die politische Entwicklung im Bund vorweg.

Wäre Schwarz-Grün im Bund eine Alternative? Nein. Für den Herbst 2013 ist Schwarz-Grün völlig unrealistisch. Sowohl politisch als auch rhetorisch entfernt sich die Partei Trittins, Roths, Künasts und Co. immer weiter von der bürgerlichen Lebenswelt. Am krassesten zeigen das die geradezu mittelschichtfeindlichen Steuerbeschlüsse im aktuellen Wahlprogramm. Die Grünen-Spitze im Jahr 2013 müsste sich und die

■ „Die Programme von Rot und Grün sprengen die Brücken ins bürgerliche Lager.“

kein Beliebtheitswettbewerb. Wer gewählt ist, hat dann – sofern die parlamentarische Mehrheit hält – ausreichend Zeit, seine persönliche Beliebtheit zu steigern. Angela Merkel selbst ist ein gutes Beispiel dafür.

Bleibt die „Linke“ automatisch von der Regierungsverantwortung auf Bundesebene ausgeschlossen? Natürlich nicht. Über die letzten

Partei bis zum Bersten verbiegen, um auch nur halbwegs in die Nähe der Koalitionsfähigkeit mit der Union zu kommen. Zwar sind die Grünen recht talentierte Sich-selbst-Verbieger, wie die ersten Jahre der Schröder-Regierung gezeigt haben. Aber mit der „Linken“ als potenziellem Koalitionspartner könnten sie sich allzu schmerzhaft Dehnübungen ersparen. Einmal zu Wege ge-

bracht, wäre so ein Linksbündnis womöglich die bequemere Lösung.

Was hätte die SPD von einer Großen Koalition im Bund? Kaum etwas. Sie wäre in der gleichen Bredouille wie in den Jahren 2005 bis 2009: wieder Juniorpartner der Union, wieder im großen, dunklen Politik- und Medienschaten der CDU-Kanzlerin, wieder Frischzellenlieferant für eine scheinotote „Linke“, die sich nur durch abtrünnige Sozialdemokraten am Leben halten kann. Was wäre – frei nach Franz Müntefering – der größere Mist: vier weitere Jahre Opposition oder noch einmal vier Jahre unter Angela Merkel? Viele Sozialdemokraten kennen eine klare Antwort. Dazu kommen die persönlichen Karriereverläufe der SPD-Führungsfiguren: Wie oft wollen Sigmar Gabriel und Frank-Walter Steinmeier noch Minister unter Merkel werden? Peer Steinbrück hat bereits dankend abgewunken.

Was hätten die Grünen von einer Großen Koalition im Bund? Denkbar wenig. Die Grünen müssen ihren Mitgliedern und ihren Wählern nach acht Jahren Opposition dringend liefern. Sie müssen zeigen, dass sie nicht nur reden, sondern auch handeln können. Das ist in der Opposition kaum möglich. Dazu kommt auch hier der karrieristische Aspekt: Weitere vier Jahre Opposition dürften die politischen Ambitionen von Jürgen Trittin, Claudia Roth und Renate Künast endgültig beerdigen. Sie wären bei der Wahl 2017 alle älter als 60 Jahre. Es ist unwahrscheinlich, dass die Grünen sie dann noch einmal mit Ministerbüro, Dienstlimousine und Flügen in Regierungsjets ausstatten würden. Kurzum: Die führenden ➤



„Die Wahrheit vor der Wahl – das hätten Sie wohl gerne gehabt.“

Sigmar Gabriel, SPD
(Quelle: Rheinische Post)



„Noch nie habe ich die Nationalhymne mitgesungen und werde es auch als Minister nicht tun.“

Jürgen Trittin, Grüne
(Quelle: FAZ)



„Für mich ist Sozialismus Voraussetzung für Demokratie.“

Sahra Wagenknecht, Die Linke
(Quelle: Die Welt)

Grünen, die allesamt gute Verbindungen zu den führenden Sozialdemokraten unterhalten, werden nicht gerade für eine Große Koalition kämpfen.

Was hätte die „Linke“ von einer Großen Koalition im Bund? Allenfalls die erwähnte Frischzellenkur: noch einmal ein Schwung abtrünniger linker Sozialdemokraten. Aber das wäre nur ein neuer Aufguss mit altem Kaffee, kein neuer Zaubertrank. Kann Fundamentalopposition eine Partei auf die Dauer – also über Jahrzehnte hinweg – am Leben halten? Vermutlich nicht. In der „Linken“ dürfte es viele geben, die endlich einmal regieren, endlich einmal mitgestalten wollen. Das derzeitige Werben führender „Linker“ um eine Koalition mit SPD und Grünen spricht eine deutliche Sprache. Und auch die „Linke“ unterhält genügend Kommunikationskanäle zu SPD und Grünen, um ihre Anliegen intensiv zu kommunizieren.

Was tun SPD, Grüne und „Linke“ dafür, Rot-Rot-Grün zu ermöglichen?

Eine ganze Menge. Bei SPD und Grünen sind es vor allem die Wahlprogramme und die Rhetorik, die Stück für Stück die (potenziellen) Brücken ins bürgerliche Lager blockieren, anzünden oder komplett in die Luft sprengen. Und was die „Linke“ seit Monaten anstellt, um sich den beiden anderen Parteien aufzudrängen, ist bemerkenswert: Die „Linke“ als Fundamentalopposition? Schnee von gestern. Die SPD mag nicht mit Oskar Lafontaine? Dann kandidiert der eben nicht für den Bundestag. Keine Auslandesätze mit der „Linken“? Die Grünen haben lange Zeit genau das Gleiche gesagt. Dann konnten sie 1998 mit der SPD regieren, und auf einmal

entdeckten sie, dass NATO-oliv ein grüner Farbton ist.

Die politische Realität in Berlin vermittelt diesen Eindruck: SPD, Grüne und „Linke“ bewegen sich, wenngleich noch auf getrennten Pfaden, so doch politisch und rhetorisch in die gleiche Richtung. Eine aberwitzige Steuererhöhungs-

■ **„SPD, Grüne und Linke bewegen sich politisch und rhetorisch in die gleiche Richtung.“**

politik, Umverteilungsphantasien aus dem Gruselkabinett und die fröhliche Rückkehr zu einer Rentenpolitik ohne jede Zukunftsfähigkeit und Verantwortung vor der jungen Generation: Es gibt einiges, was die drei Parteien im Wahljahr 2013 im Kern verbindet. Eine Linkskoalition wäre in vielerlei Hinsicht folgerichtig.

Distanziert sich die SPD von der rot-roten Option? Nicht annähernd ausreichend. Wenn Peer Steinbrück sagt, unter ihm gebe es kein Rot-Rot-Grün, dann ist das nur eines: egal. Was ist dieser Steinbrück denn in der SPD? Er hat kein Amt in der Partei, er hat kein Amt in der Bundestagsfraktion. Seine jüngere Vita zeigte bis zum Herbst 2012 einen Mann auf dem Weg heraus aus der aktiven Politik – nicht tiefer hinein. Nie war ein Kanzlerkandidat biografisch unwahrscheinlicher und unglaubwürdiger als Peer Steinbrück. Nie wirkte ein Kanzlerkandidat zufälliger, lustloser und distanzierter gegenüber der überragenden Aufgabe, Deutsch-

land zu regieren. Dazu kommt, dass er schon alles aus Sicht der SPD Realistische für sich persönlich ausgeschlossen hat: kein Rot-Rot-Grün und kein Schwarz-Rot. Also bleibt ihm nur Rot-Grün. Einem mitfühlenden Menschen müsste Steinbrück fast leidtun, wenn er Kanzler würde – nicht zuletzt wegen der horrenden Gehaltseinbuße. Fest

steht: Ob sich Steinbrück von Rot-Rot-Grün distanziert oder nicht, ist – auf Bayerisch gesagt – völlig wurscht.

Im Zentrum der Aufmerksamkeit müssen andere stehen: Sigmar Gabriel, Claudia Roth und Cem Özdemir als Parteivorsitzende, Frank-Walter Steinmeier, Renate Künast und Jürgen Trittin als Fraktionsvorsitzende. Diese echten Funktionsträger sind zu fragen, ob sie Rot-Rot-Grün ausschließen, oder genauer gesagt: ob sie eine Regierungsbildung mit Unterstützung der „Linken“ für die 18. Wahlperiode ausschließen. Nichts anderes. Die paar butterzarten Eineinhalbviertel-Dementis, die es von einzelnen Akteuren zum Thema Rot-Rot-Grün gibt, reichen längst nicht aus, um ihnen später eine tatsächliche Wählertäuschung vorwerfen zu können. Fakt ist: Wer die wichtigen Akteure von SPD und Grünen – und nicht so unwichtige wie den Kanzlerkandidaten – beim Thema Rot-Rot-Grün nicht in die Enge treibt, ist selbst schuld.

Hört die Signale!

Ein Gespenst geht um in Deutschland – das einer linken, bürgerfeindlichen Regierung. Lange als konservatives Wahlkampfgetöse abgetan, gewinnen derartige Szenarien nun täglich an Brisanz. Kipping und Gysi signalisieren schon Interesse, Hannelore Kraft hat es vorgemacht: Man denkt im rot-grünen Lager längst über eine unheilige Allianz mit der Linken nach. Alles ist inzwischen möglich, damit karriereorientierte Genossen sich auf Kosten unserer Bürger selbst verwirklichen können. Die Befürworter wagen sich aus ihren dunklen Löchern. Für Rot-Grün alleine wird es nach dem Wahltag nicht reichen. Als Folge ist das Ende der Kandidatur Steinbrücks absehbar und Sigmar Gabriel würde sich innerhalb der SPD durchsetzen (um Kanzler zu werden), sollte es auch nur ansatzweise die Möglichkeit auf eine linke Mehrheit geben.

Rot-Rot-Grün wäre der sichere Untergang Deutschlands, wie wir es heute kennen. Es droht dann das Schicksal anderer europäischer Länder. Wie in Frankreich würde die Konjunktur einbrechen, Steuererhöhungen, Jugendarbeitslosigkeit und Überschuldung wären nur noch eine Frage der Zeit. Mit den Dunkelroten unter einer Decke werden sich die linksradikalen Genossen in SPD und Grünen aus der Deckung wagen und zum Generalangriff auf unser politisches System und unsere Werte blasen. Sie wollen einen anderen Staat. Sie wollen keine bürgerliche Republik.

Es ist der Auftrag der bürgerlichen Kräfte, alles zu tun, um eine Regierungsbeteiligung von Honeckers Erben zu verhindern. Die Union muss am 22. September so stark werden, dass man gegen sie keine Regierung bilden kann.

Katrin Albsteiger
Landesvorsitzende der Jungen Union Bayern
CSU-Kandidatin für den Deutschen Bundestag



Was kann man konkret gegen Rot-Rot-Grün im Bund tun? Fragen, löchern, anzweifeln! Die potenziellen Linkscoalitionäre unter Druck setzen. Denen nicht glauben, die sich mit Weichspüler-Dementis aus der Affäre ziehen wollen. Und vor allem: Eine aktive und zuverlässige Unterstützung für das bürgerliche Lager mobilisieren. Den Menschen klarmachen, dass eine Regierungsbeteiligung der „Linken“ und ihres zweifelhaften Personals in Deutsch-

land nur mit einer christlich-liberalen Mehrheit sicher zu verhindern ist. Klarmachen, dass Angela Merkel nur dann sicher Kanzlerin bleibt, wenn sie wieder eine schwarz-gelbe Bundestagsmehrheit bekommt.

Kurzum: Jeder, dem die Zukunft Deutschlands am Herzen liegt, sollte bis zum 22. September alles dafür geben, Rot-Rot-Grün im Bund rechnerisch unmöglich zu machen.

Dr. Benedikt Brunner, geboren 1978, ist promovierter Politikwissenschaftler und stellvertretender Bundesvorsitzender des RCDS, JU-Mitglied in Eichstätt und Referent der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag. Heute pendelt er als Rhetoriktrainer und Kommunikationsberater zwischen Berlin und Bayern.



„Ein goldener September“

Wochen der Entscheidung: Bayerns Ministerpräsident **Horst Seehofer** kämpft für CSU-Erfolge bei der Landtags- und Bundestagswahl. Im *bajuware*-Interview warnt er vor einer roten Republik, erklärt das Ziel bayerischer Vollbeschäftigung und spricht über die anstrengendsten Wochen in seinem politischen Leben.

Herr Ministerpräsident, was sollen Ihre Wahlkämpfer am Infostand auf die Frage antworten, warum man im September CSU wählen soll?

Horst Seehofer: Weil wir Bayern zum Land der unbegrenzten Chancen machen. Wir sind das Bildungsland Nummer 1 in Deutschland, wir sichern Arbeit und Wohlstand im globalen Wettbewerb, wir wollen auch künftig für alle Menschen Heimat und Zukunftsland sein. Unsere Bilanz kann sich sehen lassen. In Bayern geht es den Menschen besser: Höchste Lebensqualität und starker Zusammenhalt, soziale Sicherheit und solide Finanzen. Wir wollen diesen Erfolg der Gegenwart auch für die Zukunft sichern und ausbauen – das ist unser Kompass.

Die Umfragewerte der CSU sind gut, die Stimmung ist gut, die Noten der Bevölkerung für die Regierung sind gut. Sieht doch alles nach einem überragenden Sieg aus...

Es stimmt: Wir haben starke Zustimmungswerte für Partei und Regierung. Wir haben in den letzten Jahren gute Arbeit geleistet und deshalb haben wir auch in hohem Maße das Vertrauen der bayerischen Bevölkerung. Aber wir wissen aus Umfragen auch, dass immer mehr Wähler sich erst kurz vor der Wahl entscheiden. Deshalb werden wir uns jetzt nicht auf guten Umfragewerten ausruhen, sondern bis zum Schluss für unsere Politik werben: Wer erstklassige Bildung und starke Familien will, wer solide Finanzen und eine lebenswerte Hei-

mat will, wer gute Arbeitschancen, soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit will – der wählt CSU.

Der bisherige Koalitionspartner FDP schwächelt in den Umfragen, könnte aus dem Landtag fliegen. Dürfen die Liberalen – wie Anfang des Jahres in Niedersachsen – auf bürgerliche Leihstimmen hoffen?

Ich habe immer gesagt, dass wir die christlich-liberale Koalition in Bayern und im Bund fortführen wollen, aber natürlich muss jede Partei selbst um die größtmögliche Zustimmung kämpfen. Das tun wir mit unseren klaren CSU-Positionen. Freiheit, Leistungsfreude und Solidarität haben Bayern stark gemacht. Daran orientieren wir uns auch in Zukunft.

Ihr Herausforderer träumt von einem flotten Dreier von SPD, Grünen und Freien Wählern. Was hätte das für Konsequenzen für Bayern?

Bayern ist ein Land auf absolutem Erfolgskurs, diesen Weg kann Bayern auch in Zukunft gehen. Den klaren Unterschied zwischen christlich-liberaler Politik und der Politik der linken Opposition müssten die Menschen im Geldbeutel spüren: Denn Rot-Grün steht für Wohltaten auf Pump, Steuererhöhungen und Umverteilung. Trotz der höchsten Steuereinnahmen aller Zeiten will Rot-Grün die Steuern auf breiter Front erhöhen, das Ehegattensplitting abschaffen, Minijobs kürzen und die Erbschaftsteuer verdoppeln. Wir als CSU sagen ganz klar: Mit uns wird es keine Steuererhöhungen

geben. Das ist unser Versprechen für all diejenigen, die unser Land am Laufen halten. Bei uns gilt: Die Mitte zählt. Bei Rot-Grün lautet das Motto: Die Mitte zahlt!

Punkten immer einfach. Ich habe meine Hauptaufgabe darin gesehen, Bayern zu stärken, die Menschen zusammenzuführen und Orientierung zu geben. Die CSU hat sich auf

■ **„Bleibt Deutschland ein bürgerliches Land mit der christlich-liberalen Koalition – oder wird Deutschland eine rote Republik.“**

Sie führen das Land seit fünf Jahren an. Auf welche Leistung sind Sie besonders stolz?

Wir haben als Freistaat Bayern und als CSU eine hervorragende Bilanz. Erinnern wir uns: Die Ausgangslage vor fünf Jahren war ja nicht in allen

hohem Niveau stabilisiert. Der Freistaat Bayern setzt Maßstäbe in Deutschland und Europa, nicht nur bei den wirtschaftlichen Daten, sondern auch was den Zusammenhalt in der Bevölkerung betrifft. Ein wesentliches Anliegen war mir also,



zusammenzuführen und nicht zu spalten. Und ein Zweites, dass wir als Politiker und in der Verwaltung ein Stück weit mehr verliebt sind ins Gelingen. Wir sollten den Menschen helfen, ihnen das Leben erleichtern und nicht unnötig erschweren. Chancen schaffen – das ist mein Ziel.

■ „Mit uns wird es keine Steuererhöhungen geben. Das ist unser Versprechen für alle, die unser Land am Laufen halten.“

Die CSU hat sich mit dem Bayernplan ein Wahlprogramm gegeben, das die JU-Vorsitzende Katrin Albsteiger als Vorbild in Sachen Generationengerechtigkeit bezeichnet hat. Hat Sie dieses Lob gefreut?

Natürlich, mich hat die Äußerung von Katrin Albsteiger besonders deshalb gefreut, weil mir die Generationengerechtigkeit ein Herzensanliegen ist. Die JU hat sich sehr intensiv an der Diskussion um unseren Bayernplan eingebracht und ihre Anliegen klar formuliert. Das Ergebnis kann sich wirklich sehen lassen. Und wenn es in diesen zentralen Politikfeldern den engen Schulterschluss zwischen CSU und JU gibt, dann ist das auch ein ganz starkes Signal an die Bevölkerung. Keine neuen Schulden, Bayern schuldenfrei bis 2030, Investitionen in Familie, Bildung und Innovation – das sind starke Zukunftsbotschaften für unser Land.

Im Bayernplan wird das Ziel Vollbeschäftigung und vor allem das Ende der, bisher schon niedrigen, Jugendarbeitslosigkeit ausge-

ben. Wie wollen Sie das erreichen?

In dem wir die Rahmenbedingungen noch weiter verbessern. Dazu gehört eine Ausbildungsgarantie, denn wir wollen niemand am Wegesrand zurücklassen. Der Start ins berufliche Leben wird durch Bildung und Ausbildung bestimmt. Deshalb geben wir auch eine

Grundschulgarantie: Jede rechtlich selbständige Grundschule in Bayern bleibt bestehen, wo die Eltern dies wünschen. Es ist mir ein persönliches Anliegen, dass junge Menschen nach dem Kindergarten nicht als Erstes die Erfahrung machen müssen, als Fahrschüler stundenlang unterwegs zu sein. Und neben bester Bildung und einer soliden Ausbildung braucht es auch eine starke Wirtschaft, die die nötigen Arbeitsplätze zur Verfügung stellen kann. Deshalb treiben wir beispielsweise die Digitalisierung Bayerns voran.

Die Asylpolitik stand zuletzt immer wieder im Fokus. Ist hier eine Neuausrichtung nötig?

Wir verfolgen eine erfolgreiche und zeitgemäße Asylsozialpolitik. Fakt ist: Wir haben in dieser Legislaturperiode umfangreiche Verbesserungen für Asylbewerber verwirklicht und dafür fast 30 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Leider wurde auch in der Öffentlichkeit oft ein verzerrtes Bild unserer Asylpolitik gezeichnet. Wir stehen für den klaren Grundsatz, dass unser Asyl-

recht tatsächlich politisch Verfolgten helfen soll. Aber wir müssen auch darauf achten, dass es keinen Missbrauch unseres Asylrechts gibt.

Eine Woche nach der Landtagswahl steht die Bundestagswahl an. Glauben Sie den Beteuerungen von Rot und Grün, sich nicht mit den Linken zusammen zu tun?

Die Vergangenheit hat doch mehrfach gezeigt, dass Rot-Grün in den Ländern immer wieder gemeinsame Sache mit den Linken gemacht hat. Das spricht doch für sich. Ich sage: Bei der Bundestagswahl geht es um die Frage: Bleibt Deutschland ein bürgerliches Land mit der christlich-liberalen Koalition, oder wird Deutschland eine rote Republik.

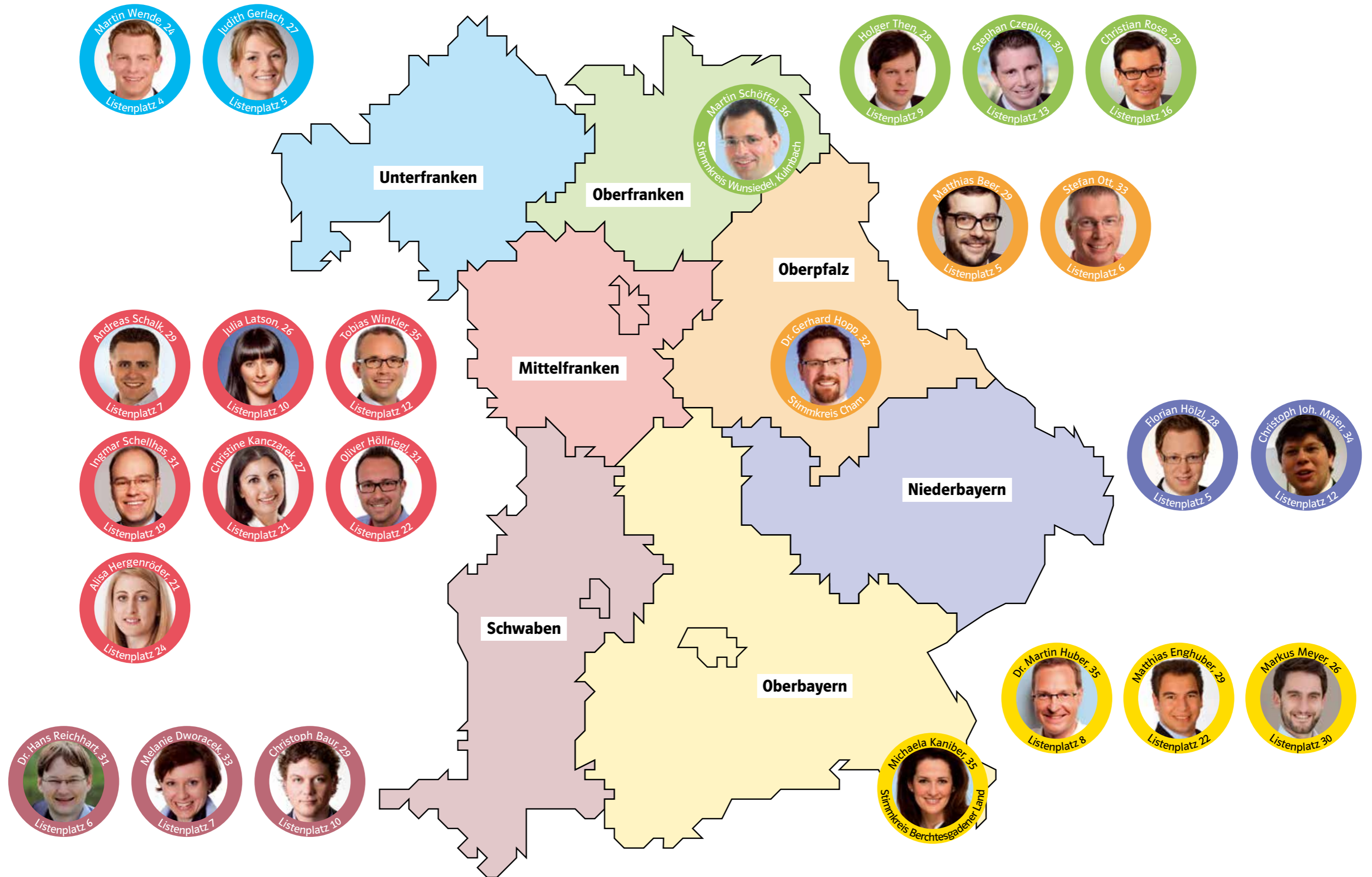
Man merkt: Sie haben Freude am Wahlkampf. Und dennoch sind es wohl die arbeitsreichsten Wochen Ihres politischen Lebens. Fragen Sie sich manchmal: „Warum tue ich mir das an?“

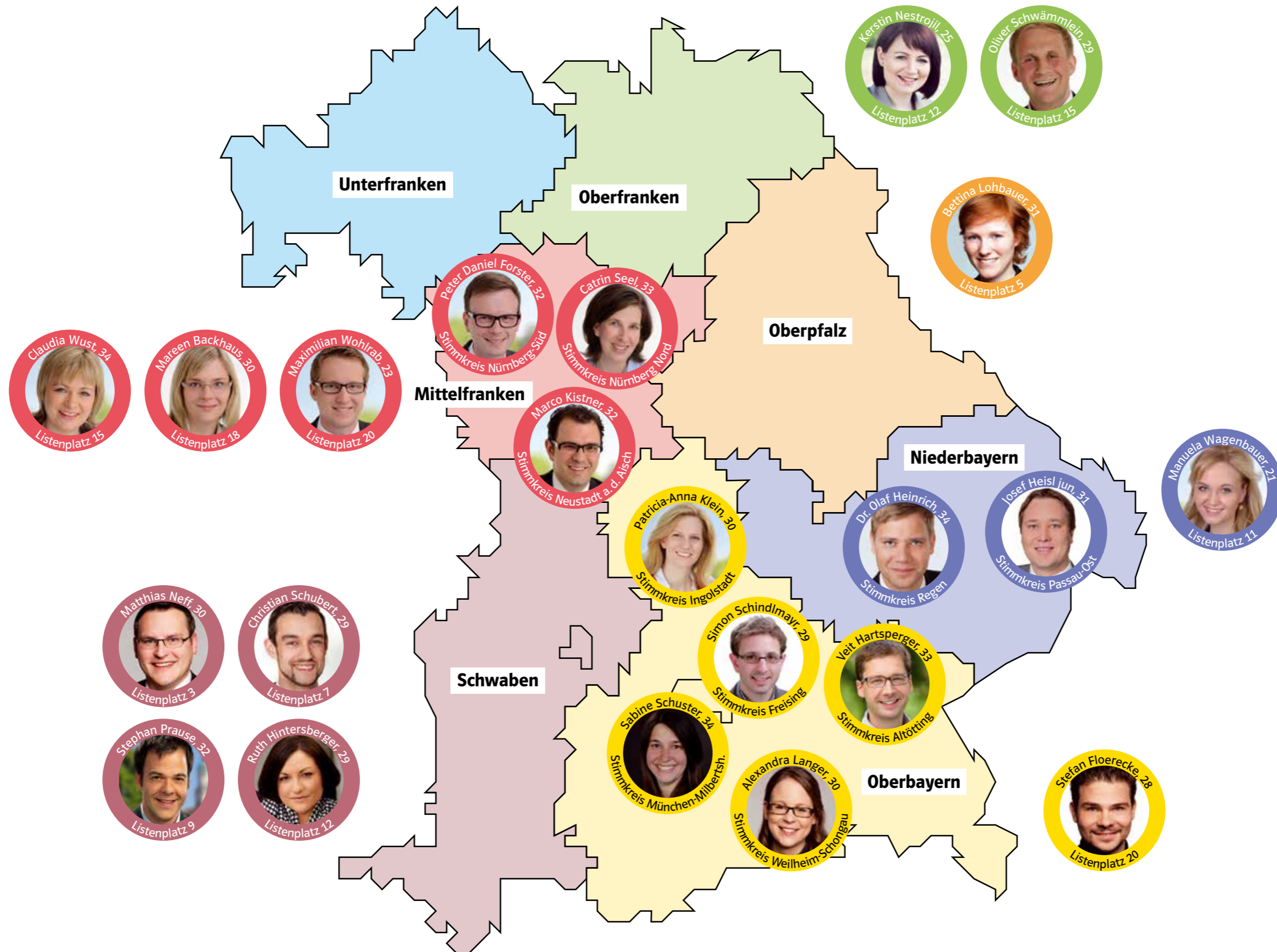
Ich habe eine große Motivation – und die heißt „Bayern“. Mein Herz gehört Bayern und mein Herz schlägt für Bayern und für die Menschen, die hier leben, wohnen und arbeiten. Ich will, dass Bayern auch in Zukunft für alle Menschen Heimat und Zukunftsland ist, dass die Menschen gerne hier leben und spüren: Hier kann ich aus meinem Leben etwas machen. Ich weiß, dass die gesamte CSU und auch die JU geschlossen für den Wahlerfolg kämpfen. Wir sind eine große und starke politische Familie – und wenn wir hart und diszipliniert arbeiten, zusammenstehen und bescheiden bleiben, dann werden wir nach meiner tiefen Überzeugung als CSU einen goldenen September erleben.

Zehn gute Gründe am 15. und am 22. September CSU zu wählen.

- 1 In den vergangenen drei Jahren hat Bayern schon mehr als 2,5 Milliarden Euro Schulden getilgt. Bis 2030 wird Bayern dank der CSU vollständig schuldenfrei sein. Das bedeutet: Rücklagen für Krisenzeiten und Investitionen in die Zukunft.
- 2 Die CSU spricht sich gegen Steuererhöhungen aus. Vor allem auf junge Menschen und Familien sollen keine weiteren finanziellen Belastungen zukommen. Zudem strebt die CSU die Vereinfachung des Steuerrechts an.
- 3 Die CSU steht wie keine andere Partei für gute Bildung. Im aktuellen Doppelhaushalt 2013/2014 gibt Bayern 33,9 Milliarden allein für Bildung aus. Das ist mehr als ein Drittel der gesamten Staatsausgaben.
- 4 Wer den Meister machen will, bekommt für den Lehrgang einen Meisterbonus von 1000 Euro. Damit fördert die CSU die Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung.
- 5 Die CSU gibt eine Grundschulgarantie. Jede rechtlich selbstständige Grundschule bleibt bestehen. Auch zukünftige Generationen werden somit nahe am Wohnort die Grundschule besuchen können.
- 6 Auch in der Familienpolitik punktet die CSU. Mit dem von der CSU durchgesetzten Betreuungsgeld gibt man jungen Eltern die Chance, sich eigenverantwortlich um den Nachwuchs zu kümmern.
- 7 Bayern ist das Land mit der größten Dynamik beim Krippenausbau. Mit 100.000 Krippenplätzen sichern wir bereits heute eine Betreuungsquote von 43 Prozent bei ein- bis dreijährigen Kindern.
- 8 Gute Wirtschaftspolitik schafft Arbeitsplätze. Nur 3,6 Prozent der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter waren im Juni 2013 arbeitslos. Die Jugendarbeitslosigkeit in Bayern ist die niedrigste in ganz Europa. Im „Bayernplan“ ist zudem eine Ausbildungsplatzgarantie festgeschrieben.
- 9 Die CSU sorgt dafür, dass Bayern bis 2018 flächendeckend mit Hochgeschwindigkeitsinternet ausgestattet wird.
- 10 Die CSU steht für junge Interessen innerhalb und außerhalb Bayerns. Jeder fünfte CSU-Kandidat für die Bundestags-, Landtags- und Bezirkstagswahl ist Mitglied der Jungen Union und vertritt somit junge Interessen.







Er ist auf Rollstuhl und zusätzlichen Sauerstoff angewiesen. Für **Benedikt Lika** ist das kein Hindernis, sich zu engagieren. Als Kreisvorsitzender der Jungen Union Augsburg-Ost bringt er sich in vielfältiger Weise ein. Und ist der Meinung: Es braucht noch mehr von seiner Sorte.

Auffälliger Quereinsteiger

Wie kamst du dazu, dich politisch zu engagieren?

Der Einstieg in die Politik war für mich 2009 die Anfrage des damaligen Bezirksvorstandes der JU Augsburg, ob ich den neu zu gründenden Arbeitskreis Kultur übernehmen könne. Das Vertrauen in mich als Person hat mich dann ermutigt, diese Aufgabe als „Quereinsteiger“ auf Bezirksebene anzugehen.

Was ist dein politisches Herzenthema?

Mittlerweile ist mein politisches Herzenthema die Inklusion und die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Hier konnte ich in den letzten beiden Jahren sowohl auf landes- als auch bundespolitischer Ebene erfolgreich netzwerken und Akzente, wie zuletzt beim Parteitag in München bei der Vorstellung des „Bayernplans“, setzen. Menschen mit Behinderung stellen knapp elf Prozent der deutschen Bevölkerung dar, sind aber meiner Meinung nach noch zu wenig in der

Politik und der politischen Wahrnehmung präsent. Themen wie Inklusion und Barrierefreiheit

sind gesamtgesellschaftliche Aufgaben. Als Gesellschaft ist es wichtig, besonders die Barrieren in den Köpfen abzubauen. Dies gelingt nur durch das gegenseitige Kennenlernen und das gemeinsame, inklusive Aufwachsen von klein auf in Kindergarten und Schule. Die Akzeptanz von Verschiedenheit ist eine große Stärke der Menschheit und eine Bereicherung der Gesellschaft. Neben den Barrieren in den Köpfen ist es dringend notwendig, bauliche Barrieren abzubauen. Aufgrund der demographischen Entwicklung steigt die Zahl der Bürger, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind. Für mich als Rollstuhlfahrer ist ein barrierefreier Eingang eine Notwendigkeit – für den Rest der Gesellschaft ein Komfortgewinn.

Bist du innerhalb von JU und CSU aufgrund deiner Behinderung schon einmal an Grenzen gestoßen?

Ich denke, dass auch in der JU und der CSU einige zuerst einmal überrascht sind, wenn sie zum ersten Mal bei Veranstaltungen auf mich treffen. Aber das Eis bricht sehr schnell, wenn man ins Gespräch kommt. Ich glaube auch, dass meine Behinderung durchaus einen kleinen Vorteil für mich darstellt, weil ich auffalle und den Menschen leichter im Gedächtnis bleibe.



Wie ist es generell um den gesellschaftlichen Umgang mit Minderheiten und Randgruppen bestellt?

Menschen mit Behinderung sind in meinen Augen nicht per se eine Minderheit oder eine Randgruppe, sie wurden in den letzten 40 Jahren eher dazu gemacht. Die Gesellschaft hat Menschen mit Handicap durchaus mit gutem Willen in Fördereinrichtungen „verwaltet“ und damit exkludiert, Menschen mit Behinderung waren im Alltag nicht präsent und somit für den Großteil der Gesellschaft nicht relevant. Seit einigen Jahren verspüre ich eine Gegenbewegung, die aber noch nicht genug im Mittelpunkt des politischen Alltags angekommen ist. Dies ist aber kein reiner Vorwurf an die Politik per se, sondern auch eine Aufgabe an Menschen mit Behinderung, sich noch mehr in den Parteien zu engagieren. Ich sage immer, dass es nun an der Zeit ist, dass wir uns bewusst der Gesellschaft und den Parteien zumuten, denn sie haben sich uns lange genug zugemutet.

Gibt es Grenzen für die Kunst?

Ab und an kommt es zu Diskussionen im Bereich der Kunstlandschaft. Bushidos neues Lied oder auch Inszenierungen von Jonathan Meese, mit permanentem Hitlergruß auf der Theaterbühne, rufen diese Debatten hervor. Steht die Kunstfreiheit über allem? Oder muss man der Freiheit Einhalt gewähren, wenn religiöse oder sittliche Gefühle bewusst verletzt werden?



■ Pro | Dr. Thomas Goppel



Es waren die Missbrauchsexzesse im sog. Dritten Reich, die unsere Verfassungsgeber nach 1945 veranlasst haben, für unsere staatliche Hausordnung in Deutschland, der „Würde des Menschen“ den ersten Rang zu sichern. „Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ So ansetzende Würde braucht Entfaltungsrechte für jede(n) in der Gesellschaft. Ausdrücklich heißt es dazu in Art. 3: „Alle sind vor dem Gesetz gleich.“ Sonderfreiheiten hat niemand. Weder Künstler noch Journalisten. Auch die „freie Entfaltung der Persönlichkeit“ (Art. 2 GG) verpflichtet zu ausdrücklicher Zurückhaltung dort, wo „die Rechte anderer verletzt werden“. Art. 5 der Verfassung gewährt stattdessen „Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre“ ausdrücklich freies Äußerungsrecht. Am Beispiel der Lehre mahnt er gleichzeitig jedermanns „Treue zur Verfassung“ auch da an. Damit schließt sich der Freiheitskreis und so der Rechtekatalog des Einzelnen: „Die Würde des Menschen ist unantastbar!“ So bleibt sie es. In der Anwendung, bei der inhaltlichen Würdigung dieses Begriffs fließen die Grenzen der Zumutbarkeit von Fall zu Fall; rasch und immer wieder sind wir auf den gerade gültigen Konsens der Gesellschaft dazu angewiesen. In der Demokratie ist der Begriff Kunstfreiheit eine Worthülse, wenn wir ihn nicht mit unserer Vorstellung dazu in die Tagesdiskussion einbringen. Wer anderen da die Wortführerschaft überlässt, sich im Schweigen gefällt, löst normative Koordinatenverschiebungen mit aus, eine, die am Ende auch der Verfassung „an den Kragen geht“.

Dr. Thomas Goppel, MdL, war in verschiedenen Funktionen über 17 Jahre Mitglied der Bayerischen Staatsregierung.

■ Contra | Leo Fischer



Mit der Kunst ist es leider wie mit der berühmten Uhr: nämlich, dass man sie erst hinterher feststellen kann bzw. dann, wenn sie runtergefallen und der Schaden unwiderruflich ist. Kunst, im strengen Sinn Herausforderung der Gesellschaft, ihre Negation, kann nicht schon vor ihrer Entstehung mit allerlei moralischen Prämissen belegt werden, die selbst dem Wandel und dem Zeitgeist unterworfen sind. Kunst ist ja überhaupt erst dann, wenn man sich fragt, wenn keine eindeutige Antwort möglich ist und die Gefühle komplett verwirrt wurden. Kunst dafür belangen zu wollen, die Gemüter aufzuwühlen, ist ungefähr so clever, wie einen Wirt dafür zu beschimpfen, weil sein Bier betrunken macht. Ganz zurückzuweisen ist übrigens die Idee, verletzte Gefühle seien irgendein zwingender moralischer Gegenstand, aus dem gar Rechtsfolgen erwachsen können. Verletzte Gefühle sind nicht messbar, sie sind keiner Argumentation zugänglich und mit nichts ins Verhältnis zu setzen, kurz: Sie sind keine Begründung für irgendwas. Mit dem Eintritt der Volljährigkeit hat man das Recht verwirkt, auf Basis verletzter Gefühle irgendwelche Ansprüche zu stellen, die übers Beziehungs- und Familienleben hinausgehen. Wer in der Öffentlichkeit mit seinen privaten Empfindlichkeiten hausieren geht, steht auf ähnlicher Stufe wie jemand, der sich für den Playboy auszieht. Es ist peinlich für alle Beteiligten, es ist moralischer Exhibitionismus. Kunst ist genau dann, wenn sich jemand drüber aufregt. Alles andere ist Dekoration.

Leo Fischer ist Chefredakteur von Titanic – das endgültige Satiremagazin.



■ Mitgliederentwicklung in der JU Bayern (Stand: 1. August 2013)

Verband	akt.	1/13	abs.	%	Lichtenfels	260	260	0	0	Cham	350	361	-11	-3
					Ansbach-Stadt	36	36	0	0	Regen	269	278	-9	-3,2
Bezirksverbände					Nürnberg-Süd	82	82	0	0	Weißenburg-Gunzenhausen	87	90	-3	-3,3
Oberpfalz	5015	4985	30	0,6	Aschaffenburg-Stadt	38	38	0	0	Dillingen an der Donau	201	208	-7	-3,4
Niederbayern	3980	4005	-25	-0,6	Rhön-Grabfeld	83	83	0	0	Regensburg-Land	580	601	-21	-3,5
Unterfranken	2255	2275	-20	-0,9	München VIII	227	228	-1	-0,4	Augsburg-West	248	257	-9	-3,5
Oberfranken	2983	3040	-57	-1,9	Freyung-Grafenau	310	312	-2	-0,6	Schweinfurt-Land	134	139	-5	-3,6
Schwaben	2520	2576	-56	-2,2	Günzburg	293	295	-2	-0,7	Ansbach-Land	291	302	-11	-3,6
Oberbayern	6938	7144	-206	-2,9	Deggendorf	547	551	-4	-0,7	Rosenheim-Land	552	573	-21	-3,7
Augsburg	328	339	-11	-3,2	Neumarkt/Opf.	456	460	-4	-0,9	Lindau/Bodensee	100	104	-4	-3,8
München	1305	1374	-69	-5	Oberallgäu	111	112	-1	-0,9	München-Land	472	491	-19	-3,9
Mittelfranken	1278	1348	-70	-5,2	Regensburg-Stadt	306	309	-3	-1	Roth	191	199	-8	-4
Nürnberg/Fürth/Schwabach	685	736	-51	-6,9	Ebersberg	495	500	-5	-1	Berchtesgadener Land	182	190	-8	-4,2
					Dingolfing-Landau	287	290	-3	-1	Miltenberg	199	208	-9	-4,3
					Aschaffenburg-Land	190	192	-2	-1	Weilheim-Schongau	282	295	-13	-4,4
Kreisverbände					Rosenheim-Stadt	89	90	-1	-1,1	Kulmbach	287	301	-14	-4,7
Würzburg-Stadt	147	127	20	15,7	Kronach	444	449	-5	-1,1	München II	108	114	-6	-5,3
Starnberg	169	151	18	11,9	München VII	87	88	-1	-1,1	Fürstenfeldbruck	348	370	-22	-5,9
Landshut-Stadt	104	95	9	9,5	Traunstein	376	381	-5	-1,3	Nürnberg-West	92	98	-6	-6,1
München I	173	162	11	6,8	Nürnberger Land	290	294	-4	-1,4	Ingolstadt	196	209	-13	-6,2
Erding	134	127	7	5,5	Bad Kissingen	199	202	-3	-1,5	Miesbach	342	367	-25	-6,8
München X	219	209	10	4,8	Dachau	129	131	-2	-1,5	Mühlhof a. Inn	394	423	-29	-6,9
Passau-Land	772	740	32	4,3	Würzburg-Land	488	496	-8	-1,6	Straubing-Bogen	545	587	-42	-7,2
Freising	253	243	10	4,1	Main-Spessart	237	241	-4	-1,7	Coburg-Land	168	182	-14	-7,7
Donau-Ries	446	431	15	3,5	Amberg-Stadt	59	60	-1	-1,7	Kempten-Stadt	113	123	-10	-8,1
Amberg-Sulzbach	474	459	15	3,3	Augsburg-Land	574	584	-10	-1,7	Unterallgäu	145	159	-14	-8,8
Passau-Stadt	107	104	3	2,9	Bayreuth-Land	227	231	-4	-1,7	Fürth-Stadt	70	77	-7	-9,1
Neustadt a. d. Waldnaab	1160	1131	29	2,6	Neu-Ulm	165	168	-3	-1,8	Pfaffenhofen a. d. Ilm	164	182	-18	-9,9
Bamberg-Stadt	99	97	2	2,1	Bamberg-Land	410	418	-8	-1,9	Nürnberg-Ost	99	110	-11	-10
Rottal-Inn	268	263	5	1,9	Aichach-Friedberg	248	253	-5	-2	Memmingen-Stadt	54	60	-6	-10
Wunsiedel i. Fichtelgebirge	114	112	2	1,8	Haßberge	383	391	-8	-2	Nürnberg-Nord	123	137	-14	-10,2
Tirschenreuth	1085	1066	19	1,8	Hof-Stadt	45	46	-1	-2,2	Straubing-Stadt	79	88	-9	-10,2
Hof-Land	418	411	7	1,7	Kitzingen	85	87	-2	-2,3	Neustadt/Bad Windsheim	149	166	-17	-10,2
Schwandorf	470	463	7	1,5	Augsburg-Ost	80	82	-2	-2,4	München IV	87	97	-10	-10,3
Schweinfurt-Stadt	72	71	1	1,4	Erlangen-Höchstädt	157	161	-4	-2,5	München III	103	115	-12	-10,4
Coburg-Stadt	73	72	1	1,4	Fürth-Land	196	201	-5	-2,5	Ostallgäu	70	79	-9	-11,4
Landshut-Land	411	408	3	0,7	Forchheim	347	356	-9	-2,5	Bayreuth-Stadt	91	105	-14	-13,3
Bad Tölz/Wolfratshausen	173	172	1	0,6	München IX	143	147	-4	-2,7	Garmisch-Partenkirchen	223	264	-41	-15,5
Eichstätt	1032	1029	3	0,3	Kelheim	281	289	-8	-2,8	Erlangen-Stadt	77	100	-23	-23
Landsberg a. Lech	188	188	0	0	Neuburg-Schrobenhausen	265	273	-8	-2,9	Schwabach	23	31	-8	-25,8
Weiden	75	75	0	0	Altötting	480	495	-15	-3	München VI	158	213	-55	-25,8

■ Impressum

Herausgeber:
 Junge Union Bayern
 Landesvorsitzende Katrin Albsteiger
 Nymphenburger Straße 64, 80335 München
 Telefon (089) 1243-240, Telefax (089) 1298531
 ju@ju-bayern.de
 www.ju-bayern.de

Koordination:
 Landesgeschäftsführer Bernhard Kuttenhofer (V.i.S.d.P.)

Druck:
 J. Gotteswinter, München

Chefredakteur:
 Thomas Breitenfellner

Redaktionelle Mitarbeit:
 Karsten Dietel, Stephan Ebner, Katharina Ehmig,
 Armin Petschner, Andreas Weinhut, Dorothea Wiepcke

Bilder:
 Bildagentur Waldhäusl (3), csu.de (2), Markus Schwarze (2),
 Titanic (2), Kevin Amponsah (1), die-linke.de (1), Dominik
 Butzmann/SPD (1), Laurence Chaperon (1), Stadt Nürn-
 berg (1), m und m (1), Stephan Lutz (1), Redaktion (81)

Anzeigen und Verlag:
 breitenfellner kommunikation, Gröbenzell

Auflage: 40 000
 Keine Haftung für unverlangt eingesandte Fotos und
 Manuskripte.

der bajuware erscheint drei Mal jährlich.
den bajuwaren erhalten alle Mitglieder der JU Bayern.

Redaktions- und Anzeigenschluss
 für die nächste Ausgabe: 15. Oktober 2013

■ Aktuelle Seminarangebote der Hanns-Seidel-Stiftung

Facebook, Google & Co.

Montag, 9. September 2013
 Gasthaus Dess, Batzhausen/Seu-
 bersdorf
 Referent: Matthias J. Lange
 Keine Teilnahmegebühr

Öffentlichkeitsarbeit in der

Kommunalpolitik
 Freitag, 13. September 2013 bis
 Sonntag, 15. September 2013
 Bildungszentrum Wildbad Kreuth
 Referent: Wolfram Moser
 Preis: 70 €

Kommunalpolitik - Mitwirken und

Mitgestalten
 Freitag, 20. September 2013 bis
 Sonntag, 22. September 2013
 Bildungszentrum Wildbad Kreuth
 Zielgruppe: Kommunalpolitiker
 Preis: 70 €

Politische Öffentlichkeitsarbeit für

Schüler/Studenten
 Freitag, 4. Oktober 2013 bis
 Sonntag, 6. Oktober 2013
 Bildungszentrum Kloster Banz
 Zielgruppe: Jugend
 Preis: 35 €

Politisches Management für Kom-

munalpolitiker
 Freitag, 11. Oktober 2013
 Bildungsstätte Heiligenhof,
 Bad Kissingen
 Referent: Gerhard Richter
 Zielgruppe: Kommunalpolitiker
 Keine Teilnahmegebühr

Kurzveranstaltung: Ehrenamt und

Social Media
 Montag, 14. Oktober 2013
 Kultur- und Veranstaltungszentrum
 Kettelerhaus, Tirschenreuth
 Zielgruppe: Ehrenamtliche
 Keine Teilnahmegebühr

Erfolgreich kandidieren

Freitag, 18. Oktober 2013 bis
 Sonntag, 20. Oktober 2013
 Bildungszentrum Kloster Banz
 Zielgruppe: Kommunalpolitiker
 Preis: 70 €

[www.hss.de/
veranstaltungen.html](http://www.hss.de/veranstaltungen.html)

■ Die JU Bayern im Web 2.0:

[facebook.com/JUBayern](https://www.facebook.com/JUBayern)

twitter.com/JUBayern

[youtube.com/AuftragBayern](https://www.youtube.com/AuftragBayern)

[flickr.com/JUBayern](https://www.flickr.com/JUBayern)



CSU Shop

bayerischer lifestyle



dich

bayerisch

Zeig

csu-shop.de

